

Pressestimmen

ANNÄHERUNG DER BEIDEN KOREAS

Freie Presse

„Sinnvoll“ Die Gespräche in Korea ergeben für beide Seiten Sinn. Sie stärken die Rolle Südkoreas gegenüber den USA. Seoul übernimmt wieder das Heft des Handelns auf der Halbinsel. Lange Zeit war der Premier durch Donald Trumps wilde Twittererei zum Abwarten verdammt, um das Verhältnis zum wichtigsten Bündnispartner nicht zu belasten.

Freie Presse, Chemnitz

Frankfurter Rundschau

„Aufmerksamkeit“ In einer Schulklasse erhält das aggressive Kind die meiste Aufmerksamkeit. Genauso verhält es sich im globalen Maßstab mit Kim Jong-un: Provziert er, regt sich die Weltgemeinschaft auf. Bietet er Gespräche an, kehrt Erleichterung ein und Kim kann mit der Aufhebung von Sanktionen rechnen. Nach Olympia wird es darauf ankommen, nicht zu viele Zugeständnisse zu machen.

Frankfurter Rundschau

Kalenderblatt



Foto: APA

DAS GESCHAH AM ...

11. Jänner

1958: Beim Lauberhornrennen in Wengen gewinnt **Toni Sailer** (Bild) den Abfahrtslauf.

1923: Französische und belgische Truppen marschieren zur Erzwingung deutscher Reparationszahlungen in das Ruhrgebiet ein.

1978: Nach Protesten arabischer Staaten nimmt UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim davon Abstand, den von den USA geförderten Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten über einen Separatfrieden beizuwohnen.

LESERBRIEFE

Leserbriefe finden Sie auf der Leserdialogseite, Seite 19, und im Internet unter: nachrichten.at/leserbriefe



Neuer Auftritt

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Josef Donhauser

Ein hungriger Caterer

Von Susanne Dickstein

Ausgerechnet an seinem 48. Geburtstag konnte Cateringunternehmer Josef Donhauser gestern einen neuen Großauftrag präsentieren. Mit seiner Firmengruppe DoN, zu der auch das Linzer Spitz-Catering gehört, übernimmt der Niederösterreicher ab April die Essensversorgung auf den ÖBB-Fernstrecken. Er verdoppelt damit auf einen Schlag sein Unternehmen auf 1250 Mitarbeiter und gut 60 Millionen Euro Umsatz.

Mit den ÖBB holt sich der Unternehmer gleichzeitig seinen ersten Großkunden zurück, den er im April 2012 an Do&Co abgeben musste. „Wir mussten damals praktisch von vorne anfangen und haben in Oberösterreich eine neue Heimat gefunden“, erzählte der Vater einer Tochter im Sommer in einem OÖN-Interview. Dass er seinen Konkurrenten von damals jetzt ausbooten konnte, sei ihm aber keine Genugtuung. „Das ist keine Kategorie, in der ich denke. Meine Konzentration liegt darauf, die optimale Leistung zu bringen.“

Der erwähnte Neuanfang war die Übernahme des Spitz-Caterings zu 95 Prozent. Die restlichen fünf Prozent hält Spitz-Erbe Walter Scherb. Neben dem Linzer Design Center bespielt Donhauser heute die Lokale im Musiktheater, Schloss Mühldorf und das Fußball-Stadium in Pasching. Er kocht für die Gäste beim Generali Ladies, der Klangwolke und in Schuhbecks Teatro, das zurzeit noch in der Linzer Tabakfabrik stattfindet.

Donhausers bisher spektakulärster Auftrag ist aber ein Joint-Venture im Iran, wo er gemeinsam mit einem iranischen Geschäftspartner seit 2016 Bahnreisende verköstigt. In



Spitz-Caterer Josef Donhauser (48) übernimmt die Verpflegung auf den ÖBB-Fernzügen. (Weinbold)

einer Hochleistungsküche in Teheran werden täglich 40.000 Mahlzeiten zubereitet. Diese Erfahrung dürfte bei den ÖBB nützlich sein.

Der Expansionshunger des risikofreudigen Unternehmers ist mit dem neuerlichen Großauftrag aber längst nicht gestillt: Auch bei der Neuausschreibung der Verpflegung der Austrian Airlines ist Donhauser mit im Rennen. Wen er an Bord der AUA-Flieger ablösen würde? Do&Co...

Leitartikel

Von Markus Staudinger



Ein Trauerspiel in Linz und am Wolfgangsee

Der Anblick ist malerisch. Ein eng bebauter Ortskern, eine Wallfahrtskirche und ein See, der denselben Namen wie die Gemeinde trägt.

„Die ganze Welt ist himmelblau“, heißt es in der Operette „Im Weißen Rössl“, die St. Wolfgang weithin bekannt gemacht hat. Zum Bild, das Prüfberichte von der Verwaltung der Gemeinde zwischen 1999 und 2015 zeichnen, passt dieser heitere Farbton nicht.

Am Freitag veröffentlicht der Landesrechnungshof (LRH) einen neuerlichen Bericht zu St. Wolfgang, der sich diesmal mit der Frage auseinandersetzt, warum das Land Oberösterreich dem Treiben unter dem damaligen Bürgermeister Hannes Peinsteiner (VP) so lange zugeschaut hat.

St. Wolfgang wirft darin auch gewaltige Schatten auf die Landespolitik, wie die OÖN anhand des vertraulichen Rohberichts der

Wenn Parteifreunde sich über Sanktionen einfach hinwegsetzen ...

Prüfer bereits ausführlich berichtet haben. Denn obwohl die ab 1999 aufgezeigten Missstände spätestens seit 2010 „den relevanten Entscheidungsträgern in der Landespolitik bekannt gewesen sind“, wie der LRH schreibt, wurden jahrelang keine Konsequenzen gezogen.

Im Gegenteil: Als Landesbeamte 2013 einen Auszahlungsstopp von Landesgeld an St. Wolfgang verfügten, setzte sich der dafür zuständige Landesrat Max Hiegelsberger (VP) nur einen Monat später darüber hinweg.

Hannes Peinsteiner, der Bürgermeister von St. Wolfgang, war derweil parteiintern aufgestiegen: 2007 war er zum VP-Bezirksparteichef gewählt worden. 2008 zog er zunächst in den Bundesrat, 2009 in den Landtag ein.

Unter Prüfern (von der Bezirkshauptmannschaft Gmunden über die Landesaufsicht bis zum Landesrechnungshof) galt seine Gemeinde freilich schon damals als Problemfall. Erst 2015 zog sich Peinsteiner nach einem neuerlichen desaströsen Prüfbericht des Landes von seinen Funktionen zurück.

Der Rechnungshof wird in seinem neuen Bericht unter anderem empfehlen, dass sich das Land bessere Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Gemeinden verschafft. Das allein wird das Problem nicht lösen. Die schärfsten Sanktionen helfen nichts, wenn sie von Parteifreunden in der Regierung ignoriert werden.

Das weiß auch der Landesrechnungshof. In seinem Rohbericht stellt er an einer Stelle trocken fest: „Es liegt der Schluss nahe, dass Zusagen der zuständigen Landesregierungsmitglieder eine höhere Bedeutung hatten als die Einhaltung der Gemeindeordnung.“

Das weiß auch der Landesrechnungshof. In seinem Rohbericht stellt er an einer Stelle trocken fest: „Es liegt der Schluss nahe, dass Zusagen der zuständigen Landesregierungsmitglieder eine höhere Bedeutung hatten als die Einhaltung der Gemeindeordnung.“

m.staudinger@nachrichten.at

Haiden am Donnerstag

Geschenkt oder gelenkt?

Wie die alte Regierung aufgehört hat, fängt die neue an: Sie verteilt Geschenke. Die einen haben den Pflegegress abgeschrieben und sichern das Vermögen der Ahnen für die nächste Generation. Die anderen verteilen an steuerzahlende Familien 1500 Euro. Damit können die natürlich tun, was sie wollen. Ein neues Fahrrad kaufen, einen Wellness-Urlaub buchen oder die Wien-Woche der Kinder berappen.

Da nur steuerzahlende Familien den Bonus bekommen, darf man davon ausgehen, dass es nicht mehr um die Befriedigung elementarer Bedürfnisse wie Essen, Trinken, Wohnen gehen wird. Nun sei

allen dieser Geldsegen gegönnt. Geschenke machen Freude und auch Freunde, bei den nächsten Wahlen möge man sich daran erinnern.

Da es sich bei den guten Gaben aber um Steuergeld handelt, muss die Frage erlaubt sein, welche Lenkungseffekte erreicht werden. Dass eher die Gutverdienenden profitieren, dürfte so klar sein wie die Belebung der Wirtschaft, weil Familien kaufkräftiger werden. Man muss aber noch andere Lenkungseffekte hinterfragen. Bisher konnte Kinderbetreuung, für die bezahlt wurde, steuerlich abge-



KOLUMNE

VON CHRISTINE HAIDEN

setzt werden. Bedenkt man, dass etwa in Oberösterreich für die Nachmittagsbetreuung in Kindergärten wieder bezahlt werden muss, dürfte ein Teil des Bonus dafür draufgehen. Die Alleinerzieherinnen bzw. Geringverdiener ohne Bonus zahlen netto sogar mehr.

Was, wenn sich nun Familien das Geld für die Nachmittagsbetreuung sparen wollen? Beispielsweise, weil die Teilzeitjobs, vornehmlich der Mütter, gar nicht so viel abwerfen, dass der Vergleich von Lohnzettel zu Kinderbetreuungskosten überzeugt? Das führt

dann zur häuslichen Betreuung der Kinder und Jobaufgabe der Mutter. Das ist vorerst für den Staat günstiger, es senkt die öffentlichen Ausgaben. Wenn weniger Kinderbetreuung nachgefragt wird, muss man weniger zur Verfügung stellen. Ohnehin hat ein Drittel der Kindergärten in Österreich schon jetzt am Nachmittag zu.

Frauen, die lange daheim bleiben und den Anschluss im Job nicht mehr finden, haben massive Einkommensnachteile. Dazu kommt der angekündigte 12-Stunden-Arbeitstag. Wie soll sich das mit Kindergarten bis Mittag kombinieren lassen? Und wir haben

noch nicht von den langfristigen Folgen gesprochen. Dass Frauen mit geringen Pensionen übrig bleiben, hat weniger mit bösen Migranten zu tun, die zu viel Mindestsicherung beziehen, sondern mit fehlenden oder halbherzigen Maßnahmen, um Familie und Beruf erträglich vereinbaren zu können. Die Liste der Vorschläge, wie das gelingen könnte, ist seit Jahren bekannt. Bisher hat die neue Regierung nicht erkennen lassen, ob sie willens ist, das Problem lenkend anzugehen.

Christine Haiden ist Chefredaktorin der Zeitschrift „Welt der Frau“. christine.haiden@welt-der-frau.at